

Von Jutta Häfele

Wie die Partnerschaft mit St. Valery en Caux begann



Schon vor über 30 Jahren waren viele Sontheimer vor allem mit Jugendlichen unseres Fußballvereins nicht nur in Europa, sondern sogar bis Japan und Brasilien unterwegs. Der internationale Jugendaustausch war eine bewegte und intensive Erscheinung. Die Fäden liefen beim damaligen Jugendleiter Horst Benz zusammen. Er hatte die Gabe, Menschen für sein Anliegen zu begeistern. Bei einem Turnier im schottischen Inverness traf er französische Fußballer aus St. Valery en Caux, die sich für eine Partnerschaft mit einer deutschen Stadt interessierten. Daheim angekommen wandte er sich wiederholt an seinen Vetter Willi Häfele und bedrängte ihn, im Gemeinderat doch eine Städtepartnerschaft mit St. Valery anzuregen.

Im Gemeinderat gab es anfangs zwar Bedenkensträger, aber auch durchaus Befürworter einer Partnerschaft auf Gemeindeebene. Auf Einladung der Stadt St. Valery reiste 1992 erstmal eine kleine Gruppe mit BM Welsch und den drei Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderates in die Normandie, um ganz vorsichtig zu sondieren. Nach dem freundlichen Empfang und einer ausgiebigen Besichtigung von St. Valery und Umgebung kam man sich näher, und es wurde ein Gegenbesuch in Sontheim vereinbart. Danach war man sich einig, eine Partnerschaft

einzugehen. 1993 fuhr dann eine große Gruppe Sontheimer mit der Bahn nach Paris und dann mit zwei Bussen weiter bis St. Valery zur feierlichen Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrages. Der Empfang war überwältigend, und die Eindrücke von Land und Leuten begeisterten. Ein Jahr später wurde dann in unserer Gemeinde eine ebenso fröhliche, mehrtägige Feier mit Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages vor dem Rathaus gefeiert. Der Vertrag hängt übrigens vor dem Sitzungssaal im Rathaus.

In St. Valery gab es auf Grund der Kriegereignisse schon länger eine Städtepartnerschaft mit Inverness in Schottland und damit auch ein Comité du Jumelage mit Madame Christiane Doutart und Maggy Savoy an der Spitze. Beide Damen waren bewundernswert in ihrem Engagement, hatten sie Deutsche doch im Krieg als Besatzer erlebt. Madame Doutart starb 100jährig im vergangenen Jahr, während Maggy Savoy kürzlich auch ihren 100. Geburtstag feiern durfte.

Auf der Zugrückfahrt von Frankreich entstand 1993 übrigens bei einer kleinen Gruppe die Idee, dass Sontheim auch einen Partnerschaftsverein benötige. Er wurde dann auch gegründet, um die Gemeindeverwaltung zu entlasten und zu beraten, aber auch um im Ort für den Austausch zu werben. Erster Vorsitzender war Bernhard Fetzer, danach folgten Jürgen Mailänder, Harald Schüttler, Jutta Häfele, Dr. Walter Dollhopf und zurzeit Anja Kutschera. Nach der Anfangseuphorie war es über die Jahre oft nicht einfach, die Partnerschaft in Schwung zu halten. Einige Vereine waren eifrig und mehrmals dabei, andere konnte man bis heute nicht zu einem Austausch bewegen. Trotzdem gab es viele Begegnungen, allen voran die Schüleraustausche, Einzelvermittlungen von Praktika, sportliche und kulturelle Begegnungen, Vereinsreisen und Bürgerreisen. In den vergangenen 30 Jahren wuchsen zudem auch tiefergehende Freundschaften. Im kommenden Mai feiert nun der Partnerschaftsverein sein 30jähriges Bestehen und erwartet dazu Gäste aus St. Valery. Mit Sicherheit werden es wieder schöne und intensive Tage werden.



Der SPD-Ortsverein organisierte 1999 und 2007 zwei mehrtägige Bürgerreisen nach St. Valery und in die Normandie, die für manche Teilnehmer die erste Reise nach Frankreich überhaupt waren.

Fotos: Willi Häfele



Alblinsen wieder aktuell

Die Menschen auf der Schwäbischen Alb waren in den vergangenen Jahrhunderten nicht besonders wohlhabend. Die Gegend galt als eher arm, und die Bevölkerung hatte relativ selten Fleisch zur Verfügung. Da war es gut, dass sie ihren Eiweißbedarf durch pflanzliche Kost, wie z.B. mit heimischen Linsen, decken konnte. Doch in den 1960er Jahren wurde der Linsenanbau wegen hohem Ernteaufwand und geringem Ertrag eingestellt. Danach gingen die einheimischen Sorten verloren. Doch in einer Saatgutbank im russischen St. Petersburg wurden die Samen der vom Aussterben bedrohten Pflanzen zum Glück noch aufbewahrt. Von dort gelangten sie vor rund zwei Jahrzehnten wieder nach Deutschland, und seither werden „Alb-Leisa“ auf der Schwäbischen Alb und sogar auch in unserer Gemeinde wieder angebaut. Die Linsen gelten übrigens als gesundes, hochwertiges Lebensmittel und sind ein wertvoller Fleischersatz.

Jutta Häfele



600 Euro für die Erdbebenhilfe

Aus aktuellem Anlass entschied die Vorstandschaft des SPD-Ortsvereins, mit der diesjährigen Aktion beim Sontheimer Josefsmarkt die Erdbebenhilfe Türkei/Syrien bei der Katastrophenhilfe des Diakonischen Werks zu unterstützen. Der Reinerlös aus dem Verkauf von Kaffee, Kuchen und Sonstigem betrug dabei aufgerundet 600 Euro.

Der Ortsverein dankt für die Kuchenspenden, den Helferinnen und Helfern am Marktstand sowie der Gemeinde für das Überlassen des Standes. Dank sagen wir auch den vielen Besuchern an unserem Stand und für die zahlreichen Geldspenden.



Erfreulicherweise besuchten auch einige aus Syrien geflüchtete Menschen den SPD-Marktstand am alten Rathaus.

Foto: Dorothee Mähler

Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger Mitbürgerenna ond Mitbürger,

also, wenn's Leit gibt, dia dr alt Osiander gar et verstanda ka, nao send des dia so genannte Reichsbürger ond ao jonge Rechtsradikale, dia zemlich o'verhohla für Hitler ond's Dritte Reich schwärmat. Hant dia eigentlich no emmer et begriffa, dass dia Naziherrschaft für oser Vaterland de größt vorstellbara Katastroph war? So ebbes derf sich auf koin Fall wiederhola! Drom müaßat mir alle politisch wachsam ond kritisch sei, damit oser freiheitliche Demokratie ond dr Frieda erhalta bleibat.

**Unters
Kopfkissen
gesteckt...**

1933, also jetzt vor 90 Jaohr, hättat dia Abgeordnete em deutscha Reichstag dia Katastroph verhendra können. Dia Nazis selber hant nämlich dao no koi Mehrhoit ghatt – aber außer de Sozialdemokrata hant alle em Reichstag vertretane Parteia (ao d'Vorläufer von CDU/CSU ond FDP) em so genannta Ermächtigungsgesetz zuagstemmt ond somit em Hitler freiwillig de alloinig Macht erteilt. Dia Abgeordnete hant sich sozusaga selber entmachtat ond de Nazis da Weg zur Diktatur freigemacht. Dia hant dann schnell alle andre Parteia ond ao Gwerkschafta verbota – ond viele aufrechte SPD'ler hant ihra Nein später bitter büaßa müaßa, manche sogar mit ihram Leba. Dr damalige SPD-Vorsitzende Otto Wels hat gwisst, dass ihm ond seine Parteigenossa dia Ablehnong schada wird, aber er hat groaßa Mut bewiesa ond sei Warnung vor Diktatur und drohendem Krieg mit ra historischa Rede em Reichstag trotz am Gekeife ond Gebrüll dr Nazis klar zom Ausdruck bracht.

Damit auch Nichtschwaben verstehen, worauf es mir ankommt, sage ich zum Schluss auf gut schriftdeutsch: Es ist wichtig und gut, dass es auch in unserer heutigen Zeit möglichst viele Menschen und Politiker gibt, die sich klar gegen jeden Radikalismus und gegen Demokratiefeindlichkeit zur Wehr setzen. Nur dann können wir berechtigt hoffen, dass wir in unserem Staat auch in Zukunft in Freiheit und Frieden leben können, meint Euer alter

Osiander

Schwellenwerte und Wertgrenzen im Vergaberecht

Was steckt dahinter?

Bei öffentlichen Aufträgen und ab einem bestimmten Schwellenwert (Wertgrenze) sind bestimmte Vergabegrenzen zu beachten. Werden diese Werte überschritten, ist eine zwingende europaweite Ausschreibung erforderlich. Dazu zählen nicht nur die Architektenleistungen, so genannte Dienstleistungsaufträge, sondern auch Bauaufträge und Lieferaufträge. Der Lieferauftrag bezeichnet die Beauftragung eines Unternehmens mit der Beschaffung und Bereitstellung einer geforderten Lieferleistung.

Alle 2 Jahre werden diese (Schwellen-)Werte angepasst, letztmalig zum 1.1.2022.

	Alte Schwellenwerte	Neue Schwellenwerte
Bauaufträge	5.350.000 €	5.382.000
Liefer- und Dienstleistungsaufträge	214.000 €	215.000 €
Bauaufträge		
Sektorenbereich, Verteidigung und Sicherheit	5.350.000 €	5.382.000 €
Liefer- und Dienstleistungsaufträge		
Sektorenbereich, Verteidigung und Sicherheit	428.000 €	431.000 €
Konzessionen	5.350.000 €	5.382.000 €
Liefer- und Dienstleistungsaufträge		
Obere und oberste Bundesbehörden	139.000 €	140.000 €

Die genannten Beträge sind ohne die gesetzliche Mehrwertsteuer.

Quelle: www.ihk.de/stuttgart

Genau dieser Schwellenwert für die Architektenleistungen von 215.000 Euro (siehe Tabelle) wurde beim Sontheimer Feuerwehrhaus überschritten. Deshalb war der Gemeinderat gezwungen, in seiner letzten Sitzung am Dienstag, dem 21.3.2023, ein Fachbüro zu beauftragen, welches wiederum die Ausschreibung der Architektenleistungen für das Feuerwehrgerätehaus nach der Vergabeordnung europaweit vornimmt.

Die Vergabeordnung (VgV) regelt die öffentliche Auf-

tragsvergabe in Deutschland. Die VgV enthält konkrete Erläuterungen über Vergabeverfahren sowie für die Ausrichtung von Wettbewerben. Grundlage für den Erlass der Vergabeverordnung sind § 113 und § 114 Abs. 2 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen).

Die Einhaltung der Vergabeverordnung ist für einen öffentlichen Auftraggeber zwingend, da bei einem Verstoß oder bei Nichteinhaltung beantragte Zuschüsse (Ausgleichstock, Fachförderung Feuerwehr) gefährdet wären.

Bei dieser jetzt durchgeführten Vergabe des Fachbüros wurden bereits 3 Angebote zur Auswahl benötigt, die dann wiederum für die Gemeinde das höchst komplexe Ausschreibungsverfahren für die Architektenleistungen durchführen sollen.

Das günstigste Angebot konnte nun vom Gemeinderat für eine Gesamtsumme von 21.152,25 Euro an ein spezialisiertes Büro für europaweite Ausschreibungen vergeben werden.

Mit diesem nun durchzuführenden VgV-Verfahren soll dann gewährleistet sein, dass ein rechtssicheres Verfahren zur Ausschreibung der weiteren Architektenleistungen erfolgt. Es sind nicht nur Formen zu beachten, sondern auch Fristen zu wahren. Die Ausschreibung muss im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft veröffentlicht werden. Eine Vergabe im Ad hoc-Verfahren ist damit leider nicht möglich bzw. ausgeschlossen.

Durch den parallel laufenden Antrag auf Bezuschussung des Feuerwehrgerätehauses aus dem Ausgleichstock werden wir aber vermutlich nicht viel Zeit verlieren. Insbesondere auch deshalb nicht, weil mit einer Zusage aus dem Ausgleichstock erst Mitte des Jahres 2023 gerechnet werden kann.





**SOZIALE POLITIK FÜR
83 MILLIONEN. FÜR
DICH – UND MIT DIR.**

Wir sind überzeugt:
Die Zeit, die vor uns liegt, verlangt neue Antworten.
Hilf uns dabei, sie zu finden.
Der SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz freut sich auf Dich.

Jetzt Mitglied werden oder unverbindlich schnuppern.
www.spd-sontheim-brenz.de mitgliedwerden.spd.de

SCAN ME



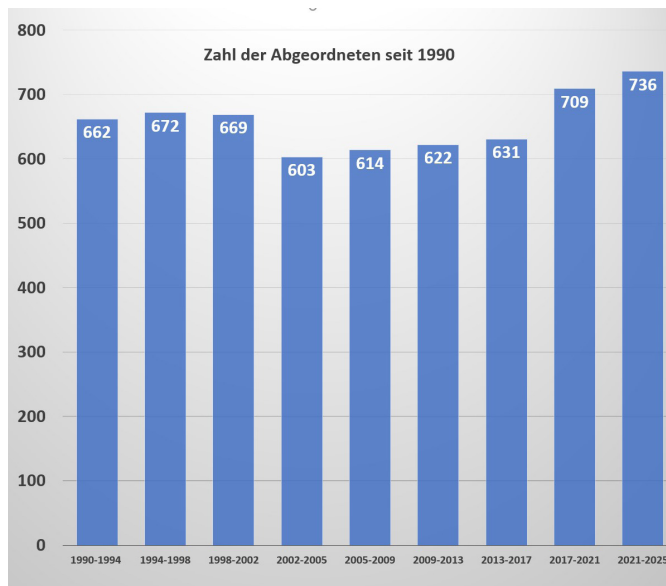
Endlich kommt es zu einer Verkleinerung des Bundestags



Es ist gelungen. Der viel zu große Bundestag wird dauerhaft und deutlich kleiner. Davon sind alle Parteien gleichermaßen betroffen. Gut ist, dass nach zehn Jahren Debatte und vielen verworfenen Vorschlägen und nicht

umgesetzten Kompromissen das Parlament es tatsächlich geschafft hat, sich selbst dauerhaft zu verkleinern und dass die Zahl der Wahlkreise bei 299 bleibt. Doch das größte Theater macht dabei die CSU, die Partei mit den größten Privilegien seit über siebenzig Jahren. Wir haben uns zwar alle daran gewöhnt, doch letztendlich ist die CSU eine Regionalpartei. Ich hatte nie verstanden, warum zum Beispiel bei Koalitionsverhandlungen oder im Koalitionsausschuss die Union immer in doppelter Stärke auftritt. Für regionale Interessen gibt es den Bundesrat. Ein CSU-Überhangmandat wird derzeit mit bis zu 16 weiteren Abgeordneten ausgeglichen, es gibt dann sogar Ausgleichsmandate für die CDU. Das hat einen gewichtigen Anteil an einem immer größer werdenden Parlament. Darüber wird wenig geredet. Alle Vorschläge für eine Wahlrechtsreform sind immer an der CSU gescheitert – selbst die von den CDU-Politikern Lammert und Schäuble.

Informationen zum neuen Wahlrecht gibt es auf www.spdfraktion.de



598 Abgeordnete sollten es sein. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate stieg die Anzahl auf zuletzt 736 Sitze!

Bundesweit gültiges Deutschlandticket

Das 49-Euro-Ticket kommt. Ab dem 1. Mai gültig, können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr deutschlandweit genutzt werden. Das entlastet Pendlerinnen und Pendler finanziell und trägt zum Klimaschutz bei.

Nach dem erfolgreichen 9-Euro-Ticket im vergangenen Jahr kommt nun das digitale, bundesweit gültige Deutschlandticket zum Einführungspreis von 49 Euro monatlich, so haben es Bund und Länder Ende 2022 vereinbart.

Das Ticket kann inzwischen im monatlich kündbaren Abo gekauft werden und ist ab 1. Mai gültig. Damit können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr deutschlandweit genutzt werden. Ziel des Deutschlandtickets ist es, den ÖPNV attraktiver zu machen und besonders Pendler/innen finanziell zu entlasten. Zugleich leistet es einen großen Beitrag für mehr klimafreundliche Mobilität.

Der Tarifdschungel wird gelichtet

Der ÖPNV ist derzeit durch eine undurchsichtige Tariflandschaft und kleine und kleinste Verkehrsverbünde geprägt. Für viele Menschen sind das zusätzliche Hürden, die die Nutzung des ÖPNV erschweren. Mit dem Deutschlandticket wird nun eine einfache deutschlandweite Nutzbarkeit geschaffen und der Tarifdschungel damit deutlich gelichtet.

Um die Finanzierung des Deutschlandtickets zu gewährleisten, stellt der Bund den Ländern 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Die Bundesländer leisten ihren Beitrag in derselben Höhe. Falls Mehrkosten entstehen, werden diese im ersten Jahr hälftig zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Vor allem im Rahmen des im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbau- und Modernisierungspakets für den ÖPNV wird es in den kommenden Monaten darum gehen, wie das Angebot sowohl auf dem Land als auch in der Stadt nachhaltig ausgebaut und verbessert werden kann.

Die Ziele der SPD-Fraktion in diesem Prozess sind ein besserer, gut finanzierter und für die lokalen Bedürfnisse optimierter Nahverkehr mit hoher Taktung und auskömmlicher Finanzierung.

Deutschlandticket auch als Jobticket

Besonders wichtig war der SPD-Fraktion zudem, dass das Deutschlandticket künftig auch als Jobticket bezogen werden kann. Wenn der Arbeitgeber sich mit mindestens 25 Prozent beteiligt (12,25 Euro), gibt es zusätzlich weitere 5 Prozent Rabatt (2,45 Euro), so dass das Ticket für Arbeitnehmer/innen dann für 34,30 Euro monatlich erhältlich ist. Mit dieser zusätzlichen Entlastung wird für viele Menschen die Fahrt mit dem ÖPNV konkurrenzlos günstig.

Im Regionalisierungsgesetz ist festgelegt, dass den Ländern ein Anteil aus dem Steueraufkommen des Bundes zur Finanzierung des ÖPNV zusteht. Diese so genannten Regionalisierungsmittel werden in erster Linie für den Schienenpersonennahverkehr eingesetzt.

Klar ist aber auch: Wo nichts oder wenig fährt, nützt das schönste 49-Euro-Ticket nichts. Das wissen die Sontheimerinnen und Sontheimer zu gut. Also gehört auch eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs zu den großen Aufgaben.

Landtagsabgeordneter Andreas Stoch zum Ukrainekrieg: Die Ampel hat uns gut durch die Krise geführt



Am 24. Februar 2023 hat sich der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zum ersten Mal geäußert. Die Folgen dieses furchtbaren und Menschen verachtenden Krieges sind auch in Deutschland zu spüren. Doch die vor einem

Jahr in drastischen Farben geschilderten Auswirkungen insbesondere des russischen Gaslieferstopps auf unser Leben und die damit verbundenen existenziellen Ängste haben sich nicht bestätigt. Mit milliardenschweren Hilfspaketen hat die Ampel im Bund unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz umgehend und entschlossen gehandelt, um Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger zu entlasten.

Riesige Herausforderungen

In ihrem ersten Amtsjahr wurde die Bundesregierung vor noch nie dagewesene Herausforderungen gestellt: Krieg in Europa, Klimawandel, Energiekrise, Inflation, Fachkräftemangel, Pandemie und die Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Mit der Mindestloohnerhöhung, der Einführung des Bürgergeldes, der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags sowie mit dem verbesserten Wohngeld ist der Bund neue Wege gegangen, um gerade denjenigen etwas mehr Luft zu verschaffen,

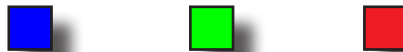
die von steigenden Preisen besonders hart getroffen werden. Damit wurden wichtige sozialdemokratische Kernanliegen umgesetzt. Unter dem Motto: „Wir lassen niemanden alleine und sichern so den Zusammenhalt nach innen und außen“ hat Olaf Scholz uns gut durch diese Krise geführt. Ich sehe das als einen guten Grund, wieder positiver in die Zukunft zu schauen.

Was tut das Land?

Aber so deutlich die Handschrift der SPD im Bund erkennbar ist, genauso so deutlich fehlt sie hier in Baden-Württemberg. Von der Landesregierung erwarte ich, dass sie endlich ihren Teil dazu beiträgt, um unser Land durch diese schwierigen Zeiten zu bringen und zukunftsfähig aufzustellen, anstatt immer nur mit dem Finger auf Berlin zu zeigen.

Zu tun gibt es durchaus mehr als genug in „the Land“. Schauen wir nur auf unsere Kitas und Schulen, auf die Sicherung unserer Arbeitsplätze bei der Transformation unserer Wirtschaft, die mehr als zögerliche Verkehrs- und Energiewende und den nach wie vor eklatanten Wohnraummangel. Finanzielle Mittel sind ausreichend da, denn die Inflation lässt enorme Steuermehreinnahmen in die Landeskasse fließen.

Wann, wenn nicht jetzt, ist es Zeit, Geld in die Hand zu nehmen und sinnvoll in unsere Zukunft zu investieren?



Vom SPD-Landesvorsitzenden Andreas Stoch

Bildungsmilliarde für unsere Kitas und Schulen dringend nötig

„Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ Dieser wahre Satz von John F. Kennedy muss Leitlinie für alle sein, die in der Politik Verantwortung tragen. Die Alarmsignale unserer Kitas und Schulen sind nicht mehr zu überhören. Sie brauchen endlich mehr Unterstützung. Deswegen fordert meine Fraktion dringend eine Bildungsmilliarde. In Berlin würde man das einen „Wumms“ nennen – als Übersetzung für die Landesregierung: Das ist Politik, die etwas bewirkt.

Der Landtag hat der Landesregierung 14,6 Milliarden Euro zur Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen bewilligt. 5,3 Milliarden Euro davon sind noch übrig. Dazu kommt ein Jahresüberschuss aus 2022 von 6,6 Milliarden Euro. Am mangelnden Geld kann es also nicht liegen. Und was sind die negativen Nachwirkungen der Schulschließungen denn anderes als Folgen der Pandemie? Das Leistungsniveau an unseren Schulen hat nachweislich abgenommen, der Beratungs- und Unterstützungsbedarf für unsere Kinder hat dagegen seit Corona massiv zugenommen. Um unsere Bildungslandschaft endlich besser und zukunftsfähig aufzustellen und allen Kindern einen guten Bildungsstart zu ermöglichen, brauchen wir

eine Fachkräfteoffensive für die Kitas, besser bezahlte Grundschullehrkräfte und mehr pädagogische Assistenzen. **Und wir brauchen 1.000 zusätzliche Lehrkräfte gegen den Unterrichtsausfall sowie flächendeckend multiprofessionelle Teams mit Fachkräften für Schulsozialarbeit und –Psychologie, IT- und Verwaltungsfachleuten, um Lehrkräfte und Schulleitungen massiv zu entlasten.**

Während die grün-schwarze Landesregierung diese Bildungsmilliarde ablehnt, stattdessen die Ampel unter SPD-Führung im Bund ein Startchancen-Programm mit einer Milliarde Euro für bessere und gerechtere Bildungschancen aus, wie es die ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz fordert. Bildung liegt eigentlich in der Verantwortung der Länder. Doch was konkret tut das Land, um die begrenzten Ressourcen in unserem Bildungssystem gerechter zu verteilen? Was tut Grün-Schwarz dagegen, dass Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien noch weiter benachteiligt werden? Wenn diese Landesregierung die massiven Probleme in der Bildung weiter nur aussitzt, dann spielt sie nicht nur mit der Zukunft unserer Kinder, sondern mit unserer aller Zukunft!

Die Folgen des 1. Weltkriegs:

Vor 100 Jahren gab es eine wahnsinnige Hyperinflation

Große Sorgen und berechtigte Ängste verursachten in der deutschen Bevölkerung die hohen Preissteigerungen in diesem und im vergangenen Jahr. Eine bisher kaum vorstellbare jährliche Inflationsrate von fast 10% machte Menschen mit geringem Einkommen sowie Sparern erhebliche Probleme. Die Bundesregierung musste teure Hilfsprogramme beschließen, um vor allem die stark gestiegenen Gas- und Strompreise zu deckeln.

Wie schlimm muss das aber vor 100 Jahren gewesen sein, als die Preissteigerungen im Laufe der Jahre 1922/23 geradezu unvorstellbar hoch waren? Der Grund für die damalige Hyperinflation waren die immens hohen Schulden, die das deutsche Kaiserreich durch den 1. Weltkrieg angehäuft hatte. Dazu kamen noch die hohen Reparationskosten, die Deutschland als Kriegsverlierer im Versailler Vertrag aufgebürdet wurden.

Die Mark, die nach der Reichsgründung 1871 als deutsche Währung eingeführt wurde, war im Laufe des Jahres 1923 von Woche zu Woche und schließlich von Tag zu Tag immer weniger wert. Bald standen die Geldscheinpressen nicht mehr still, und die Scheine lauteten zunehmend auf Millionen und schließlich auf viele Milliarden Mark. Im November 1923 kosteten selbst alltägliche Waren wie ein Brot, eine Flasche Bier, ein halbes Pfund Butter oder eine Tageszeitung 100 Milliarden Mark und mehr. Die deutsche Währung und damit auch alle Sparguthaben waren fast völlig wertlos geworden. Es kam deshalb zwangsläufig zu einer Währungsreform. Die bisherige alte Mark wurde am 15. November 1923 durch die neue so genannte „Rentenmark“ ersetzt: 1 Rentenmark entsprach nun 1 Billion (1.000 Milliarden) Mark. Das Ganze war natürlich für die allermeisten Menschen eine gigantische Geldvernichtung. Die Bevölkerung musste auf diese Weise für den verlorenen Krieg bitter bezahlen.

Astronomische Preise in Mark (gerundet)

Jahr 1923	Tageszeitung	1 kg Roggenbrot
Januar	30	160
April	200	1.200
Juli	700	5.000
September	150.000	1.100.000
Oktober	10.000.000	80.000.000
Anfang Nov.	10 Mrd.	70 Mrd.
Mitte Nov.	100 Mrd.	250 Mrd.



Eine Rückkehr zur Atomkraft macht überhaupt keinen Sinn

In letzter Zeit fordern etliche Vertreter der konservativen Parteien CDU/CSU, AfD und FDP immer wieder, Atomkraftwerke weiterhin zu nutzen. Dabei wurde der Atomausstieg längst beschlossen, und die Energieunternehmen haben sich darauf eingestellt und wollen keine Rückkehr mehr. Viele Leute überschätzen dabei übrigens die Bedeutung der drei derzeit noch in Deutschland vorhandenen AKW, die gerade mal noch 6% unserer elektrischen Energie erzeugen können.

Manche Politiker fordern inzwischen sogar den Neubau von Atomkraftwerken und vergessen oder verschweigen, dass es mindestens 10 Jahre dauern würde, bis diese am Netz wären. Ein neues AKW würde auch viele Milliarden Euro kosten – und Atomstrom ist bereits heute der teuerste Strom überhaupt.

Vieles spricht gegen Atomstrom

- Beim Betrieb eines AKW entsteht gefährliche hochradioaktive Strahlung, die krebserzeugend ist. Ein möglicher Unfall hätte verheerende Folgen. Deshalb gibt es dagegen auch keine Versicherung.
- Atom Müll strahlt mindestens eine Million Jahre lang und stellt eine Gefahr für die nächsten 30.000 Generationen dar. Noch haben wir dafür kein Endlager, das uns übrigens einmal viele Milliarden kosten wird.
- Durch die so genannte friedliche Nutzung der Atomkraft gelangen weltweit immer mehr Staaten in den Besitz von Atomwaffen.
- Atomstrom ist wesentlich teurer als Strom aus umweltfreundlichen erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Wasserkraft und Biogas.

Flächenverbrauch, Nachhaltigkeit, Bodenschutz

Setzt sich der Flächenverbrauch im Landkreis Heidenheim ungebrochen fort?

1. Das Dilemma: Der Flächenverbrauch in Baden-Württemberg ist ungebrochen.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche entsprach im Jahr 2021 einem Anteil von 14,8 Prozent an der gesamten Landesfläche. Für das Jahr 2021 ergab sich rein rechnerisch ein täglicher „Flächenverbrauch“ für Siedlungs- und Verkehrsfläche von 6,2 Hektar – bei einer Zielmarke des Landes von 2,5 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030. Wie will das erreicht werden? Von 2000 bis 2021 stieg in Baden-Württemberg die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 56.000 Hektar (oder um plus 11,8 Prozent). Im Gegensatz dazu nahm die Landwirtschaftsfläche im selben Zeitraum um 66.000 Hektar (oder um 4,0 Prozent) ab. Die Waldfläche blieb nahezu unverändert. Für den Landkreis Heidenheim lauten die Zahlen im selben Zeitraum: Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche um 950 Hektar (oder plus 13,1 Prozent), Abnahme der Landwirtschaftsfläche um 1.400 Hektar (oder minus 5,0 Prozent). Das heißt: Die Landwirtschaftsfläche ist der große Verlierer!

Ein Satz zur Nachhaltigkeit (oder besser nachhaltige Entwicklung): Gegenüber dem Drei-Säulen-Modell mit den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft/Soziales der „Agenda 21“ von Rio de Janeiro aus dem Jahr 1992 gilt heute das integrative Modell der Nachhaltigkeit. Es besagt, dass der Bereich Wirtschaft ein Teilbereich der Gesellschaft ist – und dieser wiederum ein Teilbereich der Natur (Umwelt und Ressourcen). Müsste daher die Vorherrschaft von Wirtschaft oder Wirtschaft plus Gesellschaft/Soziales über Natur, Umwelt und Ressourcen nicht umgekehrt sein? Müssten wir folglich der Ökologie nicht den Vorrang bei allen Entwicklungen einräumen?

Zur Bedeutung des Bodens: Die große Bedeutung des Bodens kommt mit der Beschreibung der Bodenfunktionen zum Ausdruck. Böden werden nicht in erster Linie um ihrer selbst willen geschützt, sondern wegen ihrer zahlreichen Aufgaben, die sie für Mensch, Natur und Umwelt erfüllen. Deshalb müssen Böden vor einer übermäßigen Nutzung geschützt werden, weil sie dabei im Regelfall zerstört werden und somit ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Die Gefährdung von Böden muss unterbunden werden.

2. Die Chance: Wir müssen den weiteren Ausverkauf der Landwirtschaftsfläche stoppen.

Ziehen wir zur Begründung das Prinzip der Nachhaltigkeit heran und brechen die „Planetaren Grenzen“ im globalen Maßstab herunter – nicht auf die gesellschaftlichen Kriterien und schon gar nicht auf die ökonomischen, sondern auf die natürliche, naturräumliche und ökologische Ausstattung unseres Landes: Was wären dann solche „Regionalen Grenzen“? Neben den gesetzlich geschützten Freiraumkriterien – wie Tier- und Pflanzenarten, Biotope, Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete – dürften ganz oben die Agrarböden von allerhöchster Qualität stehen, entstanden seit der letzten Eiszeit vor mehr als 10.000 Jahren. Hierzu

heißt es in der neuen Verwaltungsvorschrift „VwV Standortkartierung und Bodenbilanz“ vom 31. März 2022: „Vorrangflur: besonders landbauwürdige Flächen, die für den Landbau und die Ernährungssicherung unverzichtbar und deshalb zwingend der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind.“

Trotz dieser Eindeutigkeit gibt es für den Boden bis heute keinen verbindlichen gesetzlichen Schutz. Auch für beste Agrarböden gilt bei allen Planungen und Vorhaben, die landwirtschaftlich genutzte Flächen beanspruchen, lediglich ein Abwägungsgebot und kein Ausschlusskriterium wie beim Naturschutz.

3. Die Hoffnung: Beste Böden zur Ernährungssicherung und für den Klimaschutz bewahren.

Wie wir gesehen haben, ist der Flächenverbrauch hoch – zu hoch. Für die Siedlungsentwicklung berücksichtigt er zu wenig die natürlichen Grundlagen (bis Grenzen) – insbesondere die hohe Qualität der Agrarböden.

1. Deshalb müssen zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen Regelungen in das Landwirtschafts- und Landeskultugesetz (LLG) aufgenommen werden. Die guten bis sehr guten Böden dürfen nicht länger lediglich ein leicht zu überwindendes „Abwägungskriterium“ sein, sondern sie müssen in der Planungspraxis zu einem „Ausschlusskriterium“ entwickelt werden, um Umwidmungen ausschließen zu können. Denn diese Böden sind für den Landbau und die Ernährungssicherung unverzichtbar und deshalb zwingend der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten.
2. Wir müssen endlich eine aktive Bodenpolitik engagiert angehen. Dazu gehört auch, sparsam und schonend mit dieser zentralen ökologischen Grundlage umzugehen. Weniger Flächenverbrauch kann nur Hand in Hand mit mehr Bodenschutz gelingen. Auch eine Klimawende ist ohne fruchtbare, Kohlendioxidspeichernde Böden nicht möglich.
3. Dessen ungeachtet hat jede Kommune oder jeder Gemeinderat es selber in der Hand. Er braucht nicht auf neue, bessere Gesetze zu warten. Er kann im Rahmen seiner kommunalen Planungshoheit bereits heute entscheiden und seine besten Agrarböden nicht umwidmen. Die Kommunen können so einen unverzichtbaren Beitrag zur nachhaltigen, zukunftstauglichen Entwicklung leisten.

Meine Botschaft lautet unmissverständlich: Wir müssen auch in Zukunft die besten Agrarböden landwirtschaftlich nutzen können! Dafür sind die nötigen gesetzlichen Regelungen zu schaffen.

Literaturhinweis: Willfried Nobel: Ökologie – Eine Einführung mit Handlungsanleitungen für eine nachhaltige Kommunalentwicklung.

Oekom Verlag, München, 2020. 392 Seiten, 32 Euro. (ISBN: 978-3-96238-262-9).

Von Dr. Walter Dollhopf

Gastfreundliches Sontheim ?

Kommt man am Radweg von Niederstotzingen her am Kreuzbäumle vorbei nach Sontheim, wird man auf einer Tafel beim Sontheimer Friedhof über unsere „gastfreundliche“ Gemeinde Sontheim informiert:

14 Möglichkeiten zur Einkehr. Super!

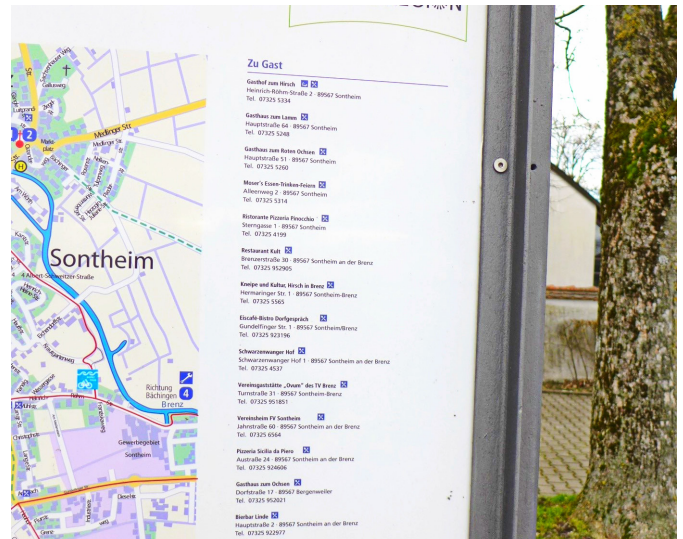
Leider sind inzwischen 8 davon dauerhaft geschlossen (vielleicht mit einzelnen Ausnahmen an Markttagen). Drei der aufgeführten Gaststätten und B.A.R. haben nur abends geöffnet, mit Ruhetagen.

Die beiden Lokale mit der besten Chance auf Einkehr (Gärtle und Hörger's) sind nicht aufgeführt und Schwarzenwang ist weit weg.

Kurz: „zu Gast“ in der Vergangenheit!

Eine Aktualisierung dieser Infotafel wäre dringend erforderlich.

Foto: Dr. Walter Dollhopf



Interessantes in aller Kürze

Wie schnell ist die Erde?

Im letzten Blättle ging es darum, wie schnell sich die Erde um die Sonne bewegt. Der Abstand der Erde von der Sonne beträgt rund 150 Mio. km. Dies ist der Radius der Erdbahn. Wenn man den mit 2 Pi malnimmt, erhält man den Umfang der Erdbahn mit 942,5 Mio. km. Diese Strecke legt unsere Erde also in einem Jahr zurück. Teilt man den Umfang durch 365,25 Tage kommt man auf 2,58 Mio. km pro Tag. Dies geteilt durch 24 ergibt eine Geschwindigkeit von **107.515 km pro Stunde oder fast 30 km pro Sekunde**. Wenn Sie zum Lesen dieses kleinen Artikels eine halbe Minute gebraucht haben, sind wir im Weltall bereits rund 900 km weitergefliegen.

Neues Rätsel

Unsere Erde dreht sich bekanntlich einmal täglich um die eigene Achse. Schätzen oder berechnen Sie, liebe Leserinnen und Leser, nun mal, wie schnell sich dabei unsere Gemeinde Sontheim/Brenz bei dieser Drehung bewegt.



Äußerst bedenklich

Der noch immer anhaltende Flächenverbrauch in Deutschland ist erschreckend: Täglich werden bei uns über 50 Hektar überbaut. In

Baden-Württemberg sind es durchschnittlich rund 6 Hektar täglich. Unsere zwei letzten Generationen haben seit Ende der 1960er Jahre bis heute so viel Land verbraucht wie die rund 80 Generationen vor uns seit dem Beginn unserer Zeitrechnung. So darf es in Zukunft jedoch nicht weitergehen, denn Boden ist ein Gut, das nicht vermehrt werden kann.



Krankenhäuser in Deutschland

Laut Statistischem Bundesamt gab es im Jahr 2021 in Deutschland 1.887 Kliniken, in denen 1,2 Mio. Menschen beschäftigt waren. Behandelt wurden in diesen Kliniken insgesamt 16,7 Mio. Patientinnen und Patienten. Die Kosten für den Betrieb der Krankenhäuser betrugen im Jahr 2021 rund 127 Milliarden Euro. Im Zuge einer geplanten Reform soll die Zahl der Kliniken in unserem Land zukünftig deutlich sinken.



Ölkonzern mit Riesengewinn

Laut der Deutschen Presse-Agentur dpa hat der britische Ölkonzern BP im letzten Jahr 28 Milliarden Dollar Gewinn gemacht. Das ist ein unvorstellbar großer Betrag von 28.000 Mio. Dollar, der nur durch die über-

höhten Öl- und Gaspreise zu erklären ist. Deshalb wäre es sicher angebracht, wenn solche Gewinne stärker besteuert würden, damit der Staat (und damit die Bevölkerung) auch etwas davon abbekommt.



Mehr Klimaschäden durch Reiche

Die reichsten Menschen in Deutschland verursachen wesentlich mehr Treibhausgase als der Durchschnitt. Während die Ärmsten nur knapp über drei Tonnen CO₂ emittieren, sind es beim reichsten ein Prozent rund 105 Tonnen. Die Emissionen der 800 reichsten Menschen Deutschlands sollen laut Daten des „World Inequality Labs“ sogar das Tausendfache des Durchschnitts betragen.

Willi Häfele

d's andre blättle

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz
Lange Str. 22
89567 Sontheim

Verantwortlich: Erwin Resch
Günther Neumann
Redaktionsanschrift: Lange Str. 22
89567 Sontheim
resch.erwin@gmx.de

Herstellung und Layout:
Günther Neumann und Willi Häfele
Druckerei: Benz, Giengen/Brenz
Auflage: 2.400

Spendenkonto: KSK Heidenheim
IBAN: DE17 632 500 300 001 138 823

